

Luxusgehalt trotz Staatshilfe: Die Lügen der Politik

Anmoderation

Anja Reschke:

„Beginnen wir heute doch mal mit Klischees: erstens: Manager sind gierig und die von der Bank ganz besonders. Zugegeben - ein gängiges. Zweitens: Politiker sagen ungern die Wahrheit, vor allem wenn es um unangenehme Dinge geht - uh - billige Plattitüde. Und drittens: Wenn Wirtschaft und Politik miteinander verhandeln, gewinnt immer die Wirtschaft - ganz alter Hut aus der linken Ideologiekiste. Ach ja? Dann schauen Sie mal unseren jetzt folgenden Beitrag über die HSH Nordbank an. Selten vereinten sich so viele Klischees so unschön zu bitteren Wahrheit. Dass darüber nun wohl auch noch die Regierung in Kiel stürzt, ist eigentlich nur noch das Sahnehäubchen auf einer Torte voll unappetitlichem Mauschelteig.“

Ein historischer Moment: Die Bundesregierung verkündet das Rettungspaket zum Schutz des deutschen Finanzsystems. Milliarden Staatshilfe für Banken - geknüpft an Bedingungen für deren Manager.

O-Ton (Oktober 2008)

Peer Steinbrück, SPD,
Bundesfinanzminister:

„Diese Manager sollten pro Jahr nicht mehr als fünfhunderttausend Euro bekommen. Und keine Boni und keine Abfindungen in der Zeit. Keine Dividendenausschüttung.“

O-Ton (Oktober 2008)

Angela Merkel, CDU,
Bundeskanzlerin:

„Wir sagen: Dafür, dass der Staat euch hilft, müsst ihr Gebühren zahlen, müsst ihr Einschränkungen hinnehmen. Wenn ihr Kapital von uns wollt, müsst ihr geringere Managergehälter haben, weniger Dividende ausschütten, kleinen und mittleren Unternehmen Kredite geben. Das heißt, wir machen Auflagen.“

Auflagen auch für ihn: Dirk Jens Nonnenmacher. Chef der HSH Nordbank, die vom Staat drei Milliarden Kapital und zehn Milliarden Garantien erhält. Seine Geschichte zeigt, wie schwer Verzicht fällt und wie leichtfertig Politiker von ihren Bedingungen abrücken.

O-Ton

Peter Tschentscher, SPD,
Bürgerschaft Hamburg:

„Es ist ein ganz schlimmes Beispiel dafür, wie man an Parlamenten vorbei skandalöse Vorgänge organisiert und sich jede Information darüber wie mit der Kneifzange herausziehen lässt.“

Nonnenmachers Geschichte bei der Bank beginnt im November 2008. Die HSH steht am Abgrund, behauptet aber, sie brauche keine Staatshilfe. Ihr neuer Chef erhält einen außergewöhnlichen Vertrag, eine lukrative Risikoabsicherung. Wenn Nonnenmacher bis zum Sommer 2009 kündigt, bekommt er 2,9 Millionen Euro. Einfach so. Fünf Monate später. Hamburg und Schleswig-Holstein zahlen der Bank Milliarden - und die Politik gibt dem Bürger ein großes Versprechen.

O-Ton

Rainer Wiegard, CDU,

Finanzminister Schleswig-Holstein:

„Im Zusammenhang mit öffentlichen Stützungsmaßnahmen sind fünfhunderttausend Euro für Vorstandsmitglieder als obere Grenze anzusehen. Das schließt auch erfolgsabhängige Zahlungen, wie Boni, aus, wenn die öffentliche Hand mit Stützungsmaßnahmen wie wir die Bank hier unterstützen.“

Es ist die Zeit der Demut, auch in der Bank. Nonnenmacher gibt den Einsichtigen.

O-Ton

Dirk Jens Nonnenmacher,

Vorstandsvorsitzender HSH Nordbank:

„Ich denke Bescheidenheit ist angesagt in diesen Zeiten.“

In Wahrheit aber will sich der Bankchef, der Fünfhunderttausend-Euro-Grenze nicht beugen. Er weiß, er hat ein Ass im Ärmel: 2,9 Millionen Euro Risikogarantie. Das weiß auch die Politik. Aber jetzt wird getäuscht, getrickst, getarnt. Nach außen vertreten sie die Bundeslinie mit der Gehaltsbegrenzung, die sogenannte SoFFin-Auflage, intern wählen sie gezielt schwammige Formulierungen. So steht in der Senatsmitteilung zur HSH Bank zwar: *Man halte sich an die Regel der SoFFin* – Wenige Zeilen darunter aber steht dann: *die Auflagen sollen soweit möglich [...] übernommen werden.*

O-Ton

Werner Marnette, CDU,

ehem. Wirtschaftsminister Schleswig-Holstein:

„Es gibt Spielregeln, die sind eingeführt worden vom SoFFin. Über diese Spielregeln ist auch in Schleswig-Holstein und in Hamburg gesprochen worden. Jedem war bewusst, es gibt eine Deckelung.“

Die Deckelung - für Nonnenmacher eine Zumutung. Er akzeptiert sie nur, wenn er die 2,9 Millionen Euro auch ohne Kündigung bekommt. Sofort, sonst geht er.

O-Ton

Werner Marnette, CDU,

ehem. Wirtschaftsminister Schleswig-Holstein:

„Herr Nonnenmacher wusste, dass er damit die Politiker kräftig unter Druck setzt, quasi erpresst und ich bin davon überzeugt, dass die Politiker zu diesem Zeitpunkt hätten sagen müssen „Nein, nicht mit dir! Dann bitte geh!“

Das Gegenteil passiert. Das beschreiben Protokolle, die Panorama vorliegen. Zuerst gibt es eine Diskussion über Einhaltung der Anforderungen des Landtages. Das heißt, man musste sich erst einigen, ob ein Regelbruch o.k. ist. Dann finden sie einen Weg, um Nonnenmacher zu bezahlen. Aus einer Risikoabsicherung wird eine Altersversorgung und eine Einmalzahlung.

O-Ton

Monika Heinold, Bündnis 90 / Die Grünen,

Landtagsabgeordnete Schleswig-Holstein:

„Ich bin entsetzt, dass Herr Nonnenmacher 2,9 Millionen Euro erhalten soll. Das Parlament hat genau das Gegenteil beschlossen. Wir haben gesagt, bei fünfhunderttausend Euro muss die Grenze sein, weil diese Bank von Staatgeldern lebt.“

O-Ton

Peter Tschentscher, SPD,

Bürgerschaft Hamburg:

„Die Mitglieder des Haushaltsausschusses haben mindestens zwei Stunden den Finanzsenator gefragt, ob die fünfhunderttausend Euro Obergrenze für die Vergütung eine Gesamtobergrenze ist, für alle Vergütungsbestandteile und es ist eindeutig geantwortet worden: Ja, für alle monetären Vergütungen, also für alle Geldleistungen, ist dies die absolute Obergrenze.“

Das Versprechen an die Bürger ist gebrochen, die Politiker winden sich mit rhetorischen Tricks.

O-Ton

Panorama:

„Haben Sie da nicht Ihre eigenen Regeln gebrochen?“

O-Ton

Ole von Beust, CDU,

Erster Bürgermeister Hamburg:

„Das ist falsch. Der Vertrag mit Herrn Nonnenmacher, auf dem diese Zahlung beruht, ist ein älterer.“

O-Ton

Peter-Harry Carstensen, CDU,

Ministerpräsident Schleswig-Holstein:

„Dieser Vertrag, die Veränderung des Vertrags...oder der Vertrag ist älter. Es ist ein alter Vertrag.“

Aber der alte Vertrag war eine Risikogarantie, jetzt ist es eine Sonderzahlung.

O-Ton

Wolfgang Kubicki,

FDP-Fraktionsvorsitzender Schleswig-Holstein:

„Es ist ein neuer Vertrag, es ist ein neuer Vertrag. Die Erklärung es sei kein neuer Vertrag, es sei die Fortsetzung eines alten Vertrages dient wieder nur dazu die Öffentlichkeit zu verdummen.“

Die nächste Ausrede: Herr Nonnenmacher sei extrem fleißig.

O-Ton

Rainer Wiegard, CDU,

Finanzminister Schleswig-Holstein:

„Die Einmalzahlung ist dafür, dass Herr Nonnenmacher bis dahin vier Vorstandsressorts wahrgenommen hat.“

O-Ton

Peter-Harry Carstensen, CDU,

Ministerpräsident Schleswig-Holstein:

„Er ist ja nicht nur in einem Amt gewesen, sondern hat mehrere Ämter gleichzeitig in der Bank gemacht.“

Und manche sagen gar nichts.

O-Ton

Panorama:

„Herr Freytag, warum halten sie sich bei Herrn Nonnenmacher nicht an die Gehaltsobergrenze von fünfhunderttausend Euro?“

Freytag rennt vorbei...

Längst weiß die Politik, sie hat versagt. Sie sollte Spielregeln durchsetzen, aber gewonnen hat das Spiel der Banker.

Und so geht es weiter: Ein internes Dokument belegt, auch künftig wollen sich weder Bank noch Politik an die Fünfhunderttausend-Euro-Grenze halten. Nonnenmachers neuer Vertrag wird im Papier skizziert. Dort ist die Rede: *von fünfhunderttausend Euro Festgehalt* und dann von *"variable(r) Vergütung ..."* Wir zeigen das Dokument Alexander Bonde. Er sitzt im Kontrollgremium des SoFFin, und überwacht, dass die Auflagen für Manager eingehalten werden.

O-Ton

Alexander Bonde, Bündnis 90/ Die Grünen,
Kontrollgremium SoFFin:

„Bei einer Staatsrettung einer Bank unter den Regelungen des SoFFin, also unter Bundesrecht wäre eine Regelung wie bei Herrn Nonnenmacher nicht möglich gewesen.“

Offenbar bekommt Bankchef Nonnenmacher die Boni ausgezahlt, sobald die Bank Dividende ausschüttet. Milliarden schwere Staatshilfen sind kein Hindernis.

O-Ton

Alexander Bonde, Bündnis 90/Die Grünen,
Kontrollgremium SoFFin:

„Es gibt eine erhebliche Verärgerung bei uns im Kontrollgremium auf Bundesebene, dass die Länder da völlig andere Regelungen offensichtlich treffen, als die bei Bundesrettungen geltenden.“

O-Ton

Panorama:

“Herr Minister Wiegard, eine kurze Frage: Warum wollen Sie Herrn Nonnenmacher mehr als fünfhunderttausend Euro zahlen, obwohl noch Landeshilfen laufen?“

O-Ton

Rainer Wiegard, CDU,
Finanzminister Schleswig-Holstein:

„Wir hatten das Thema schon mal. Können sie mich jetzt durchlassen?“

Nonnenmacher hat bekommen was er wollte, das wird auch in Zukunft so sein. Ohne ein Opfer, ohne persönliches Risiko.

O-Ton

Werner Marnette, CDU,
ehem. Wirtschaftsminister, Schleswig-Holstein:

„Die verantwortlichen Politiker und die Vorstände der HSH Nordbank haben uns Bürger über Monate im wahrsten Sinne des Wortes veräppelt, weil sie bestimmte Dinge einfach hinter der Hand gehalten haben, viel zu spät damit rausgekommen sind, aber das ist eben typisches Missmanagement zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger.“

Bericht: Tamara Anthony
Robert Bongen

Schnitt: Johannes Edelhoff
Anna Orth
Maike Rudolph
NDR Info
Doris von Gogh
Petra Dosenbach